

Wetter: 5° bis 12°



Mix aus Sonne, Wolken und etwas Regen

Depeche Mode
Kultband begeistert
in Oberhausen ▶ Welt



Formel-1-Finale
Vettel rast zum
Vize-Titel ▶ Sport



Aachener Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Montag, 2. November 2009 · 65. Jahrgang · Nummer 255

www.an-online.de

1,10 Euro

Auto aus Aachen in Rhein versenkt

Aachen/Bad Breisig. Ein Auto ist in der Halloween-Nacht in Bad Breisig gestohlen und am Sonntagmorgen im Rhein gefunden worden. Die Eigentümerin aus Aachen, die in einem Hotel in Bad Breisig wohnt, hatte ihren Audi am Samstag an der Uferpromenade geparkt, berichtete die Polizei. Unbekannte hatten den Wagen gestohlen und nach einer kleinen Spritztour im Rhein versenkt. (dpa)

Die Region zeigt Flagge gegen Neonazis

Bündnis will mehr Druck auf rechte Szene machen. Kundgebung und Gegendemonstration blieben friedlich.

Aachen/Eschweiler. Geschützt von einem starken Polizeiaufgebot und begleitet von den heftigen Protesten von rund 250 Gegendemonstranten zogen am Samstag rund 80 Neonazis durch Aachen. Den Demonstrationsweg säumten Plakate mit der Aufschrift „Wir sind Aachen. Nazis sind es nicht.“ Größere Auseinandersetzungen konnte die Polizei verhindern, sechs Personen wurden in Gewahrsam genommen. Mit der von dem bekennenden Hitler-Fan Axel Reitz angemeldeten Demonstration unter dem Motto „Gegen linke Gewalt – Für ein Verbot der Antifa“ sollte vor allem eine zeitgleich in Eschweiler tagende Regionalkonferenz „Aktiv

gegen Rechts“ torpediert werden. Die dort tagenden Gruppierungen und Initiativen, Politiker und Kirchenvertreter diskutierten unter der Schirmherrschaft des Eschweiler Bürgermeisters Rudi Bertram (SPD) Wege, sich im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus besser zu vernetzen und Gegenmaßnahmen zu organisieren.

Auch Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU) und Stolbergs Bürgermeister Ferdi Gatzweiler (SPD) beteiligten sich an der Konferenz. Angesichts steigender Gewaltdelikte von Rechts in der Region Aachen forderten sie einhellig den Zusammenhalt aller Demokraten im Kampf gegen „die ewig Gestrigen“. (an)

Nato: Deutscher Oberst hat Fehler gemacht

Wollte Bundesregierung Bericht über Luftangriff auf Tanklaster in Afghanistan entschärfen? Klare Verurteilung hätte juristische Konsequenzen.

Berlin. Die Bundesregierung hat nach Informationen des „Spiegel“ die Nato zu einer zurückhaltenden Beurteilung des Luftangriffs auf zwei Tanklaster in Afghanistan gedrängt. Trotz eines Fehlers des deutschen Obersts Georg Klein habe Berlin sich gegen eine deutliche Verurteilung gewandt, berichtet das Magazin in seiner aktuellen Ausgabe. Das Verteidigungsministerium in Berlin wollte die Vorwürfe nicht kommentieren.

Keine „Feindberührung“

Laut „Spiegel“ machten sich Vertreter der Bundesregierung bei der Nato für eine zurückhaltende Beurteilung Kleins in dem Untersuchungsbericht zur Bombardierung der Tanklaster in Kundus stark. Sie gaben dem Nato-Oberkommandierenden in Europa, Admiral James G. Stavridis, demnach Mitte Oktober bei seinem Besuch in Berlin zu verstehen, dass eine deutliche Verurteilung von Klein in Deutschland zu juristischen Problemen führen könnte. Klein hatte am 4. September den Einsatz befohlen, bei dem neben Taliban-Kämpfern auch Zivilisten ums Leben gekommen sein sollen.

Laut Nato-Untersuchungsbericht habe Klein sich nicht an das sogenannte Standard-Einsatzverfahren gehalten, schrieb der „Spiegel“. So habe er die Luftunterstüt-

zung mit der Begründung angefordert, seine Truppen hätten „Feindberührung“, obwohl sich keine Isaf-Soldaten in der Nähe der Tanker aufhielten. Klein habe es zudem abgelehnt, die Jagdbomber zur Abschreckung zunächst nur im Tiefflug über die Tanker fliegen zu lassen. Der Bericht weist laut „Spiegel“ zur Entlastung von Klein aber auch auf die militärisch angespannte Lage in Kundus vor der Bombardierung hin.

Das Bundesverteidigungsministerium erklärte, Gespräche wie das mit Stavridis seien vertraulich. Da der Nato-Bericht derzeit ausgewertet werde, verbiete sich auch dazu eine weitere Stellungnahme, sagte ein Ministeriumssprecher in Berlin.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, hatte erst am verangenen Donnerstag gesagt, er sehe die deutschen Soldaten durch den Nato-Bericht entlastet. Den Angaben Schneiderhans zufolge legt der Nato-Bericht zudem dar, dass die Zahl der bei dem Angriff Getöteten nicht mehr ermittelbar sei. Die Untersuchung gebe nur verschiedene Quellen wieder, denen zufolge die Zahl der Toten zwischen 17 und 142 liegt. Zudem gebe es keine Bestätigung dafür, dass durch den Luftangriff „unbeteiligte Personen“ ums Leben gekommen seien. (afp)

Alemannia kann noch jubeln: 1:0 in Augsburg



Jubelnd dreht Aachens Torschütze Thorsten Burkhardt (rechts) in der 58. Minute ab: Mit einem 0:1 (0:0)-Sieg beim FC Augsburg brachte das Team von Trainer Michael Krüger nach vier sieglosen Partien drei

wichtige Punkte nach Hause. Alemannia steht damit auf Platz 11 und verschaffte sich etwas Luft im Tabellenkeller. ▶ Sport
Die weiteren Ergebnisse
2. Bundesliga

1860 München - K'lautern 0:1
Koblenz - Duisburg 0:3
1. Bundesliga
Freiburg - Hoffenheim 0:1
Frankfurt - Bochum 2:1
Foto: imago/Krieger

Rösler geht in die Offensive

Neuer Gesundheitsminister will radikalen Systemwechsel durchboxen

VON JAN STAIGER

Berlin. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) will auch gegen Widerstände ein neues Gesundheitssystem in Deutschland durchsetzen. „Ich habe ein klares Ziel: ein neues Gesundheitssystem auf den Weg zu bringen, das für 80 Millionen Menschen gut funktioniert“, sagte der FDP-Politiker am Sonntag. Dabei wolle er keine Rücksicht auf Popularität nehmen. Gegenwind kommt weiter von CSU-Chef Horst Seehofer.

Er wolle für mehr Freiheit und Wettbewerb sorgen – „Freiheit bei der Wahl der Therapie, bei der Wahl des Arztes und bei der Wahl der Krankenkasse“. Die Kassen müssten wieder unterschiedliche Beiträge verlangen und unterschiedliche Leistungen anbieten dürfen. „Derzeit gibt es doch überall die gleiche Leistung zum gleichen Preis, ohne dass irgendein Patient durchschaut, was eigent-

lich mit seinem Geld geschieht.“ Ärzte sollen nach dem Willen Röslers künftig wieder mehr Zeit für ihre Patienten haben. Ein Gesundheitssystem, in dem die Lasten solidarisch verteilt sind, stehe für ihn nicht zur Disposition, stellte hingegen CSU-Chef Seehofer klar. Im Übrigen habe er schon genug Gesundheitsreformen verhandelt, um zu wissen, dass es keinen radikalen Systemwechsel geben könne. Er sei sicher, dass auch Rösler rasch zu dieser Erkenntnis gelangen werde. Die Vizechefin der SPD-Bundestagsfraktion, Elke Ferner, warf Seehofer „arglistige Täuschung“ vor. Sie verwies darauf, dass der von Seehofer mit ausgehandelten Koalitionsvertrag ausdrücklich vorsehe, das „Ausgleichssystem“ langfristig in eine „Ordnung... mit einkommensun-

abhängigen Beiträgen“ zu überführen.

Die AOK Schleswig-Holstein rechnete unterdessen, dass eine einheitliche „Kopfpauschale“ mindestens 140 Euro im Monat betragen müsste. Diese Summe er-

„Mehr Freiheit bei der Wahl der Therapie, bei der Wahl des Arztes und bei der Wahl der Krankenkasse.“

**PHILIPP RÖSLER (FDP),
BUNDESGESUNDHEITSMINISTER**

gebe sich, wenn die diesjährigen Beiträge der Kassenmitglieder auf alle Mitglieder umgelegt würden. Beziehe man auch die bisher beitragsfrei mitversicherten Familienangehörigen ohne eigenes Einkommen ein, müsste die Prämie etwa 100 Euro betragen. (ddp)

„Alles muss raus!“

Schnäppchenjäger stürmen Quelle-Internetseite

VON IRA KUGEL

Fürth. Hunderttausende Schnäppchenjäger haben am Sonntag die Internetseite des insolventen Versandhändlers Quelle gestürmt – und damit immer wieder kurzzeitig dessen Homepage www.quelle.de zum Zusammenbruch gebracht. Unter dem Motto „Alles muss raus!“ hatte um 6 Uhr morgens der Ausverkauf des Traditionsunternehmens begonnen. „Alleine bis 12 Uhr gab es 19200 Bestellungen“, berichtete der Sprecher des Quelle-Insolvenzverwalters Klaus Hubert Görg, Thomas Schulz. Mehr als 660000 Menschen hätten in dieser Zeit die Homepage besucht.

Immer wieder kam es am Sonntag unter dem Massenansturm zu Verzögerungen beim Öffnen der Homepage – und das, obwohl IT-Experten die für den Internet-Verkauf genutzten Computersysteme extra nachgerüstet hatten. „Das

hängt insbesondere mit den Bestellvorgängen zusammen“, erklärte Schulz. Welche Artikel am ersten Tag der Rabattschlacht besonders begehrt gewesen seien, konnte gestern noch nicht gesagt werden. „Deutschlands größter Ausverkauf“ ist auf mehrere Wochen angelegt. Rund 18 Millionen Artikel muss Quelle in den kommenden Wochen veräußern, um so die Konkursmasse zu erhöhen. Auf das Sortiment des Herbst- und Winterkatalogs gibt es Preisnachlässe zwischen 10 und 30 Prozent. Einen 30-prozentigen Rabatt gibt es auf Damen-, Herren- und Kindermode, Wäsche, Schmuck, Sportkleidung und Schuhe. Möbel und Heimtextilien sind um 20 Prozent, technische Artikel um 10 Prozent reduziert.

Seit Banken eine Finanzierung von Ratenkäufen ablehnen, liefere Quelle allerdings nur noch auf Bestellung mit 14-tägiger Zahlungsfrist. (ddp)

HEUTE IM LOKALTEIL

► Politessen feiern Geburtstag

Acht Politessen haben am 2. November 1969 erstmals den Überwachungsdienst des ruhenden Verkehrs in der Stadt Aachen übernommen. Heute teilen sich 99 Teilzeitkräfte insgesamt 45 Vollzeitstellen. Die „Nachrichten“ haben zwei von ihnen auf ihrer Tour begleitet.

► Freiwillige vor: Auch der OB ist dabei

► Mammut-Graffiti ist fertiggestellt

KURZ NOTIERT

RWE-Chef: 80 Jahre Laufzeit sind möglich

Berlin. Der Energiekonzern RWE hat mit einem Vorstoß für eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken um mehrere Jahrzehnte den Streit über die Kernenergie neu entfacht. RWE-Chef Jürgen Großmann sprach sich dafür aus, Atommeiler statt wie jetzt 32 Jahre bis zu 80 Jahre am Netz zu lassen. Die Grünen warfen ihm vor, es gehe ihm nur um möglichst viel Profit. Großmann sagte der „Rheinischen Post“: „Baugleiche Reaktoren laufen in den Niederlanden, Frankreich oder Belgien 60 Jahre und mehr, in den USA sind jetzt sogar 80 Jahre im Gespräch.“ Die derzeitige Laufzeitbegrenzung von 32 Jahren bleibe unter den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten. (dpa)

DER, DIE, DAS

Prosit! Ein Gläschen gegen die Grippe

Im Kampf gegen die Schweinegrippe hat sich ein Zoo in Sibirien eine ganz besondere Maßnahme einfallen lassen: Die Affen im Tierpark von Krasnojarsk bekommen täglich einen Schluck Rotwein. Auch Affen könnten wegen ihrer Verwandtschaft zum Menschen die Schweinegrippe bekommen, sagte ein Tierarzt. „50 Gramm Wein ist alles, was sie zum Schutz brauchen.“ Offenbar trinken die Affen den Wein gern und schnalzen dabei sogar mit der Zunge.



FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Lokales

KONTAKT

Zeitungszustellung:
Telefon: 0180/100 1400*
Fax: 0241/5101-790
Verlag (Zentrale):
Telefon: 0241/5101-0
Redaktion:
Telefon: 0241/5101-310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-440
AN im Internet:
www.an-online.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 0180/100 1200*
Fax: 0241/5101-790

*Rund um die Uhr 3,9 Cent je angefangener Minute; abweichende Preise für die Anrufe aus dem Mobilfunknetz möglich.



4 194 122 101106 10045